



## **Forderungen an die Landesregierung**

Der brutale rechtsextreme Überfall auf einen 12-jährigen Jungen in Pömmelte (Landkreis Schönebeck) markiert nur die Spitze eines Eisbergs. Allein in den ersten zehn Tagen des Jahres 2006 wurden neun Überfälle mit rechtsextremem oder rassistischem Hintergrund in Sachsen-Anhalt gezählt. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2005 waren es 108 solcher Gewalttaten und damit so viele, wie im gesamten Jahr 2004.

Es ist an der Zeit, dass die sachsen-anhaltische Landesregierung anerkennt, dass es sich bei den rechtsextremen Gewalttaten nicht nur um bedauerliche Einzelfälle, sondern um ein strukturelles Problem handelt.

Das am 23. Mai 2005 gegründete Netzwerk für Demokratie und Toleranz ergeht sich bisher vor allem in Symbolpolitik und der Organisation von Tagungen und Konferenzen. Die (finanzielle) Unterstützung von Initiativen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit kommt dagegen nicht vor.

Wir fordern die Landesregierung auf, das Netzwerk für Demokratie und Toleranz kurzfristig mit einem eigenen Haushaltstitel zu versehen und transparente Entscheidungs- und Vergabestrukturen zu etablieren.

Brandenburg hat eines, Sachsen hat eines, Sachsen-Anhalt braucht eines: Die Rede ist von einem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus. Ein Landesprogramm für regionale Demokratieentwicklung und gegen Rechtsextremismus darf sich nicht nur an Jugendliche wenden und sollte mobile Beratungsteams für Kommunen und kommunale Verantwortungsträger ebenso einschließen wie eine Förderung nicht-rechter und alternativer Jugendkultur und die wissenschaftlich begleitete Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen. Für Opfer rechter und rassistischer Gewalt sind aus ihm heraus spezifische Beratungs- und Betreuungsangebote zu unterstützen sowie ein Opferfonds einzurichten. Ein solches Programm sollte die Aktivitäten der freien Träger, der Bildungs- und Jugendarbeit sowie der Landesregierung vernetzen. Es ist wissenschaftlich zu evaluieren.

Grundsätzlich muss die allgemeine Bildungs- und Jugendarbeit im Land besser ausfinanziert werden, auch um sicherzustellen, dass dort ausschließlich sozialpädagogisch qualifiziertes Personal zum Einsatz kommt.

Das seit 2000 bestehende Aussteigerprogramm des LKA muss in seiner Wirksamkeit überprüft werden. Der Aufbau eines nicht-repressiven Ausstiegsangebots für militante und organisatorisch verwurzelte Neonazis ist zu prüfen.

Wir fordern die Landesregierung auf, mit dem Zeithorizont 2007 ein Programm für regionale Demokratieentwicklung und gegen Rechtsextremismus aus dem bestehenden Netzwerk für Demokratie und Toleranz heraus zu entwickeln und die Finanzierung der Bildungs- und Jugendarbeit zu verbessern.

Gegen rechtsextreme Straf- und Gewalttaten muss sich der demokratische Rechtsstaat mit ganzer Kraft und aller Konsequenz zur Wehr setzen. Zwar verfügt das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt über klare Definitionen hinsichtlich der Einordnung solcher Delikte. In den Polizeidirektionen und insbesondere den kleinen Polizeirevieren sind diese bei den dort tätigen BeamtInnen nicht hinreichend bekannt. Auch die Vorfeldaufklärung der Staatsschutzabteilungen im Bereich Rechtsextremismus in den Polizeidirektionen ist oft unzureichend.

Wir fordern die Landesregierung auf, nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens die Möglichkeit eigenverantwortlich abgefragter, externer Schulungen der PolizeibeamtInnen zum Umgang mit rechtsextremen Delikten im Aus- und Weiterbildungsangebot der Polizei zu verankern.

Beim Umgang mit Rechtsextremisten offenbart sich gerade unter den LehrerInnen des Landes an vielen Stellen Unsicherheit und Angst.

Der Umgang mit rechtsextremen Jugendkulturen, deren Symbolen und Musik, muss integraler Bestandteil der Lehrerausbildung in Sachsen-Anhalt werden und in den Weiterbildungskatalog des LISA (Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung von Sachsen-Anhalt) aufgenommen werden.

In den Jahren 2001 bis 2004 flossen aus dem Civitas-Programm der Bundesregierung 3,4 Mio. Euro in Projekte im Land Sachsen-Anhalt. Das ist – verglichen mit den anderen östlichen Bundesländern – wenig, und entspricht einem Betrag von nur 35 Cent pro Kopf der Bevölkerung und Jahr. Mit dem Jahr 2006 läuft die Förderung über die Programme Civitas und Entimon aus.

Die Landesregierung muss sich im Bundesrat und in den Gremien ihrer Parteien dafür einsetzen, dass die Bundesprogramme Civitas und Entimon auch nach dem Jahr 2006 fortgeführt werden und dass zukünftig deutlich mehr Mittel nach Sachsen-Anhalt fließen.